

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Bau am 03.11.2022
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW zur Anlage einer Freilauffläche für Hunde Vorlage: SB11/1583/2022	5
3 Bürgerantrag nach § 24 GO- Umwidmung Kanzlei 1 bis 9a verkehrsberuhigter Bereich Vorlage: FB5/1585/2022.....	7
4 Bürgerantrag gemäß § 24 GO Ausweisung verkehrsberuhigter Bereich Kamperweg Vorlage: FB5/1584/2022.....	8
5 Sachstandsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie in Meerbusch.....	8
6 Abschluss eines Gestattungsvertrages zur Errichtung eines Schützenbaumes auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz Vorlage: BM/1577/2022	8
7 Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzept nach § 8 a Kommunalabgabengesetz NRW Vorlage: FB5/1582/2022	9
8 Straßenausbau "Vogelsiedlung Bösinghoven" im Zusammenhang mit der durchzuführenden Kanalbaumaßnahme Vorlage: FB5/1587/2022	10
9 Versetzung der Stellplätze auf der Nordstraße zwischen Oststraße und Roßbachstraße Vorlage: FB5/1588/2022.....	11
10 Baumbilanz 2021/2022 Vorlage: SB11/0580/2022	11
11 Bürgerbeteiligung zur Konzeptstudie Fähranleger Langst-Kierst Vorlage: SB11/0591/2022	12
12 Anträge	12
12.1 Antrag GRÜN-alternativ zur Straßenbeleuchtung / Nachtbeleuchtung Vorlage: FB5/0424/2022	12

12.2	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP zur Umgestaltung der Hauptachse auf dem alten Friedhof Lank Vorlage: SB11/0425/2022	13
13	Anfragen	15
14	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	15
15	Termin der nächsten Sitzung 22.11.2022	15
16	Verschiedenes.....	15
16.1	Energieeinsparung in den Sporthallen.....	16
16.2	Radweg Breite Straße	16
16.3	Eingangssituation Bürgerbüro Osterath	16

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:10 Uhr

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Marc Helmig Vertretung für Herrn Dr. Harald von Canstein

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied Vertretung für Herrn Claus Fischer

Herr Daniel Thywissen Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied Vertretung für Herrn Michael Bertholdt

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Astrid Hansen Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Barbara Neukirchen

Frau Leoni Kanders Ratsmitglied Vertretung für Frau Sarah Winter

Herr Egbert Meiritz Sachkundiger Bürger

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner Sachkundiger Bürger

von der Verwaltung

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Herr Christian Bommers Bürgermeister

Frau Lena Clermont

Frau Dana Frey Dezernat III

Herr Daniel Hartenstein Fachbereich 5

Herr Friedhelm Rippers Fachbereich 5

Gäste

Herr Dr. Thomas Weiß Zu TOP 5

Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Claus Fischer

Ratsmitglied

Herr Dr. Harald von Canstein

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Barbara Neukirchen

Ratsmitglied

Frau Sarah Winter

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Wilhelm Thomes

Seniorenbeirat

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Quaß stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er begrüßt Herrn Dr. Thomas Weiß von der DKC Kommunalberatung GmbH, der unter TOP 5 über den Sachstand der Nachhaltigkeitsstrategie in Meerbusch berichtet.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum fragt beziehend auf TOP 10, ob es ergänzend eine Bilanz über privat gefällte Bäume gebe. Herr Betsch erklärt, dass unter die Meldepflicht der Baumschutzsatzung keine Nadel- und Obstbäume (Ausnahmen sind Walnuss- und Esskastanienbäume) und keine Bäume im Außenbereich fallen. Über die angezeigten Fällungen könne berichtet werden.

Frau Dr. Blaum erkundigt sich danach, ob vor dem Hintergrund der Energieknappheit bei der Winterwelt eine Verkürzung der Öffnungszeiten und/oder eine Reduktion der Beleuchtung vorgesehen sei. Bürgermeister Bommers führt aus, dass LED-Lichterketten verwendet würden, die verbrauchsarm seien.

Anmerkung der Schriftführerin: Laut Auskunft des FB1 ist keine Verkürzung der Öffnungszeit vorgesehen.

Zu TOP 3 fragt Frau Dr. Blaum, in welchem der Entwürfe zu „Böhler-Leben“ eine Hundefreilauffläche vorgesehen war. Sie könne diese Information auf der Internetseite der Stadt nicht mehr finden.

Anmerkung der Schriftführerin: Frau Briese teilt mit, dass in keinem der Siegerentwürfe eine solche Fläche vorgesehen sei und soweit sie und ihre Mitarbeiter sich erinnern, dieser Vorschlag vor allem im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung angeregt wurde. Da die Stadt Meerbusch diesen Wettbewerb nicht auslobt habe, liegen die ausgeschiedenen Entwürfe nicht mehr zur weiteren Verwendung vor. Der Wunsch nach Unterbringung einer Hundewiese könne gerne im anstehenden Beteiligungsverfahren zur Bebauungsplanaufstellung eingebracht werden.

2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW zur Anlage einer Freilauffläche für Hunde Vorlage: SB11/1583/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt, dem Antrag zur Errichtung einer eingezäunten Freilauffläche für Hunde in Meerbusch-Büderich nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	12	5	0

Die Petentin Frau Wienands begründet ihren Antrag und schlägt vor, entweder Am Eisenbrand, im Böhler Areal oder am Meerbad eine Hundewiese einzurichten. Dazu erklärt Herr Betsch, dass aufgrund der räumlichen Struktur für nahezu jeden Hundehalter in Meerbusch eine gute Erreichbarkeit von Wirtschaftswegen oder des Rheinufer gegeben sei. Dort bestehen reichlich Möglichkeiten, Hunde frei laufen zu lassen. Er weist darauf hin, dass es eine Grundsatzentscheidung wäre, in Büberich eine Freilauffläche für Hunde zu errichten, weil die vorgetragenen Gründe für Hundehalter in allen Ortsteilen gelten. In der anschließenden Diskussion legen die Fraktionen ihre Standpunkte dar. Sachkundiger Bürger Wagner stellt folgenden Antrag:

Antrag der Fraktion DIE FRAKTION:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt, dem Bürgerantrag, gemäß dem Bürgerantrag, Alternative e), eine Hundefreilauffläche im Park des Meerbades zu errichten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	5	12	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es folgt ein Antrag von Ratsfrau Kanders:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau beschließt, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, die Einrichtung einer Hundefreilauffläche gemäß Alternative e) des Bürgerantrages (im Park des Meerbades) zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	5	12	0

Damit ist der Antrag abgelehnt. Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag der Petentin abstimmen (s.o.).

**3 Bürgerantrag nach § 24 GO- Umwidmung Kanzlei 1 bis 9a verkehrsberuhigter Bereich
Vorlage: FB5/1585/2022**

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt, auf der Kanzlei 1 bis 9 a, wenn der Bedarf durch eine Geschwindigkeitsmessung festgestellt wird, Piktogramme „Tempo 30“ anzubringen und die Parkplätze gegenüber der Häuserzeile zu markieren. Temporär wird zur Geschwindigkeitsmessung ein Dialogdisplay eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Petent erklärt, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung nicht im Interesse der Anwohner sei. Das wechselseitige Parken würde dazu führen, dass die Situation unübersichtlicher würde und voraussichtlich nicht den hauptsächlichen Zweck der Geschwindigkeitsreduzierung erfüllen würde. Auch im Namen der anderen Anlieger schlägt der Petent vor, in Höhe der Häuser 1 und 9a Schwellen auf der Fahrbahn anzubringen.

Herr Hartenstein erklärt, dass bezugnehmend auf den Bürgerantrag, einen verkehrsberuhigten Bereich auszuweisen, das wechselseitige Parken oder andere bauliche Veränderungen (z.B. Baumscheiben) zwingend erforderlich wären. Er schlägt daher vor, im Sinne der Anwohner, die Parkplätze gegenüber der Häuserzeile zu markieren und nach einer Geschwindigkeitsmessung ein Piktogramm und zeitweise ein Dialogdisplay anzubringen. Aus Gründen der Geräuscentwicklung rät er vom Anbringen von Schwellen zur Geschwindigkeitsreduzierung ab.

Nach der Diskussion erteilt der Ausschussvorsitzende Quaß nochmals dem Petenten das Wort. Dieser zeigt sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

4 Bürgerantrag gemäß § 24 GO Ausweisung verkehrsberuhigter Bereich Kamperweg Vorlage: FB5/1584/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt, von der baulichen Umgestaltung zu einem verkehrsberuhigten Bereich auf dem Kamperweg abzusehen, sondern, wenn der Bedarf durch eine Geschwindigkeitsmessung festgestellt wird, Piktogramme „Tempo 30“ je nach erforderlichem Bedarf am Anfang der Straße und in Höhe der Stichstraße aufzubringen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Sachkundige Bürgerin Hansen erklärt ihre Befangenheit und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Ausschussvorsitzender Quaß erteilt dem Petenten, Herrn Schinke, das Wort. Dieser ergänzt zu den Ausführungen in seinem Antrag, dass der Kamperweg ein sehr heterogenes Straßenbild aufweise. In Teilstücken gebe es Gehwege, die sehr schmal seien, auf dem Stichweg auf einer Seite gar keinen Gehweg, Schilder seien teilweise schlecht einsehbar, so dass für die Autofahrer und Radfahrer auf dem Kamperweg keine eindeutigen Signale, wie sie sich zu verhalten haben, erkennbar seien. Da der Kamperweg an der K-Bahn Haltestelle ende, werde er keineswegs nur von Anwohnern, sondern auch von Verkehrsteilnehmern benutzt, die zur Haltestelle wollen oder von da her kommen.

Herr Hartenstein erklärt, dass ein Komplettumbau – wie in der Beschlussvorlage ausführlich dargestellt – erforderlich wäre, um den Kamperweg in einen verkehrsberuhigten Bereich umzuwandeln. Von einer wechselseitigen Markierung der Parkmöglichkeiten auf dem Stichweg rät er ab, da schon jetzt dort wechselseitig geparkt werde. Eine Markierung schreibe die Parkflächen vor und führe u.U. zu einer weniger komfortablen Lösung für die Anwohner. Zur Kritik des Petenten, dass teilweise die Beschilderung schlecht einsehbar sei bzw. fehlen würde, weist Herr Hartenstein auf den Mängelmelder auf der Internetseite der Stadt Meerbusch hin und bittet um entsprechende Hinweise.

5 Sachstandsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie in Meerbusch

Herr Dr. Thomas Weiß von der Firma DKC Kommunalberatung GmbH berichtet über den Sachstand zur Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Meerbusch.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

6 Abschluss eines Gestattungsvertrages zur Errichtung eines Schützenbaumes auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz Vorlage: BM/1577/2022

Ausschussvorsitzender Quaß erkundigt sich nach der Größe des Schützenbaumes. Bürgermeister Bommers erklärt, dass dieser eine Höhe von ca. 15 m haben soll und an der breitesten Stelle ca. 7,50 m misst. Ratsherr Gabernig erklärt, dass in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf hinsichtlich des genauen Standortes bestehe und er deshalb eine Vertagung beantrage.

Sachkundige Bürgerin Hansen erklärt, dass ein Vergleich in Höhe und Breite mit den Schützenbäumen in anderen Ortsteilen interessant sei, da diese filigraner erscheinen. Ihre Fraktion empfinde den Vorschlag als sehr wichtig, da der Dr.-Franz Schütz Platz viele unterschiedlichen Nutzungen habe. Zudem gebe es schöne Sichtachsen, beispielsweise auf die Stadtbibliothek, die unterbrochen werden.

Antrag der FDP-Fraktion:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau beschließt die Vertagung des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	15	0	2

7 Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzept nach § 8 a Kommunalabgabengesetz NRW Vorlage: FB5/1582/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau nimmt den Sachstand zur Kenntnis und beschließt die erste Fortschreibung Straßen- und Wegekonzept der Stadt Meerbusch (Anlage 1) zur Sicherung der Zuwendungsbedingungen für eine Förderung des umlagefähigen Aufwandes der nach § 8 Absatz 1 Satz 2 Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) beitragsfähigen Straßenbaumaßnahmen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Abstimmung erfolgt ohne Debatte.

8 Straßenausbau "Vogelsiedlung Bösinghoven" im Zusammenhang mit der durchzuführenden Kanalbaumaßnahme
Vorlage: FB5/1587/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt die Straßen Wachtelweg, Fasanenweg, Rebhuhnweg und Kiebitzweg nach der Kanalsanierung gemäß Anlage 2 wiederherzustellen. Die Straße Im Rott wird mittels eines Splittmastixasphalt-Deckenüberzug saniert.

Die Anliegerbeteiligung wird durch Informationsschreiben an die Eigentümer mit Beschreibung der Maßnahmen und Mitteilung über die Kosten durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Kaden weist darauf hin, dass die Summe der Veränderungen in den dargestellten finanziellen Auswirkungen 10.000,-€ höher ist, als im Sachverhalt dargestellt. Dies wird von der Verwaltung nochmals geprüft.

Zu der Frage, warum der Birkhuhnweg nicht saniert werde, sagt Herr Hartenstein, dass dort der Kanal nicht erneuert werde und die Straße aus einer früheren Sanierung bereits in einem guten Zustand sei. Ratsherr Banse fordert die Information der Anlieger auch über die Straßensanierung, wenn dieses bisher noch nicht geschehen sei. Dieses Projekt solle den Anliegern möglichst nicht nur schriftlich nähergebracht werden. Herr Hartenstein erklärt, dass auch der Straßenbau kommuniziert worden sei und Gegenstand des Informationsschreibens sei. Diese Form der Beteiligung sei im Rahmen des Bewilligungsverfahrens zur Förderung durch das Land erforderlich. Sachkundiger Bürger Meiritz möchte wissen, ob die Verlegung von Leerrohren, beispielsweise für Glasfaserkabel vorgesehen sei. Herr Hartenstein erläutert, dass die Betreibergesellschaften informiert werden über Straßenbaumaßnahmen und die Möglichkeit hätten, Rohre zu verlegen, diese jedoch nicht wahrnehmen, weil wirtschaftliches Interesse bestehe. Würden seitens der Stadt Leerrohre verlegt, würden diese anschließend von den Betreibergesellschaften nicht genutzt, weil häufig andere Formate erforderlich seien und sich dieses nicht im Voraus abstimmen ließe. Eine landesweite Vereinheitlichung von Leerrohren sei bisher nicht erfolgt.

9 Versetzung der Stellplätze auf der Nordstraße zwischen Oststraße und Roßbachstraße
Vorlage: FB5/1588/2022

Antrag der CDU-Fraktion:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau beschließt die Vertagung des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	16	0	1

Ratsherr Thywissen merkt an, dass im Bereich Nordstraße ein erheblicher Parkdruck bestehe. Er fragt, ob es andere Möglichkeiten gebe, wie beispielsweise das Beschneiden der Bäume, damit die derzeitige Situation beibehalten werden könne. Da es in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf gebe, beantrage er Vertagung.

Herr Betsch erklärt, dass es bei der Prüfung von Maßnahmen zum Baumschutz immer um die Verhältnismäßigkeit gehe. Die Bäume haben große Kronen, die einen niedrigen Ansatz haben und einen Rückschnitt nicht vertragen würden. Trotz ihres Alters seien die Bäume keinesfalls abgängig und haben eine deutliche Auswirkung auf das Kleinklima. Weitere Anfahrschäden würden die Vitalität der Bäume gefährden, so dass die vorgeschlagene Maßnahme der Verlegung der Parkplätze, auch unter Wegfall von sieben Stellplätzen auf jeden Fall verhältnismäßig sei.

i

10 Baumbilanz 2021/2022
Vorlage: SB11/0580/2022

Nach einer kurzen Erläuterung von Herrn Betsch, regt Ratsherr Gabernig an, dass im Frühjahr ein Bericht über die aufgrund der Baumschutzsatzung angezeigten Fälle von Baumfällung und Ersatzpflanzungen erfolgen sollte. Weiterhin merkt er an, dass die Baumbilanz zwar quantitativ ausgeglichen sei, er sich aber hinsichtlich der Qualität die Frage stelle, ob alte, große Bäume nicht durch mehr als nur eine Nachpflanzung 1:1 ausgeglichen werden sollten.

Herr Betsch erklärt, dass aus der Langzeitbilanz über zehn Jahre ersichtlich ist, dass insgesamt 600 Bäume mehr angepflanzt als gefällt wurden. Die Verwaltung bemühe sich stetig, wenn möglich mehr Bäume nach zu pflanzen, um auch einem qualitativen Ausgleich näher zu kommen.

Ratsherr Banse fragt, ob die gefälltten Pappeln am Waldweg am Herrenbusch durch Pappeln ersetzt werden. Herr Betsch erklärt, dass die Entscheidung über die Art der Bäume, die an dieser Stelle nachgepflanzt werden, noch nicht gefallen sei. Es werde immer gründlich geprüft, welche Bäume am jeweiligen Standort und unter sich ändernden klimatischen Bedingungen am besten geeignet seien.

Sachkundige Bürgerin Hansen merkt an, dass von den 144 Neupflanzungen allein 60 Bäume am Mönkesweg gepflanzt wurden und daraus resultiere, dass an vielen Stellen, an denen früher Bäume standen, keine nachgepflanzt worden seien. Dazu erläutert Herr Betsch, dass überall dort, wo eine Nachpflanzung möglich sei, diese auch an gleicher Stelle erfolge. Es gebe aber Gründe, die dieses unmöglich machten. Als Beispiele nennt er die Entfernung von 20 Bäumen aus einem Regenrückhaltebecken, die aus technischen Gründen nicht an gleicher Stelle ersetzt werden konnten oder das Eingehen von Bäumen, die zu dicht zusammenstanden. Die Baumbilanz sei eine gesamtstädtische Betrachtung.

Ratsherr Gabernig fragt, ob die Bäume der Bürgerwäldchen auch in der Baumbilanz berücksichtigt seien. Dieses verneint Herr Betsch, weil in der Baumbilanz Bäume mit einem Stammumfang ab 18 cm berücksichtigt werden. Die Bäume in den Bürgerwäldchen haben diesen Umfang in der Regel noch nicht.

11 Bürgerbeteiligung zur Konzeptstudie Fähranleger Langst-Kierst Vorlage: SB11/0591/2022

Zur Frage, wie es hinsichtlich des Fähranlegers nun weitergehe, erklärt Herr Betsch, dass die Konzeptstudie aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses beauftragt worden sei. Das Ergebnis sei im Ausschuss präsentiert worden. Auftragsgemäß sei auch die Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. Weitere Pläne seitens der Verwaltung gebe es momentan aufgrund der äußerst angespannten Haushaltslage nicht., obwohl die Mehrzahl der Bürger, die sich beteiligt haben, für eine Umgestaltung des Fähranlegers sei. In der Diskussion sei es hauptsächlich um die Dimensionierung gegangen. Bis das Thema wieder aufgegriffen werde, behalte die Verwaltung Fördermöglichkeiten im Auge.

12 Anträge

12.1 Antrag GRÜN-alternativ zur Straßenbeleuchtung / Nachtbeleuchtung Vorlage: FB5/0424/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah das Einsparpotential durch Nachtabschaltungen oder Reduzierungen der Straßenbeleuchtung zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Hartenstein stellt Einsparpotentiale dar. Im Ergebnis könnte eine Nachtabschaltung momentan höchstens zu 11,6% Einsparung führen. Diese Zahl beziehe sich auf den Energieverbrauch, den die Abschaffung der Nachtabschaltung 2017 zur Folge hatte. Durch die zwischenzeitliche Umrüstung auf sparsamere LED-Leuchten, sei aktuell mit einer geringeren Einsparung zu rechnen. Er weist auf die Dimmung der Straßenbeleuchtung zwischen 22 Uhr und 6 Uhr hin, die einen Beitrag zur Reduzierung des Energiebedarfes leiste. Die Umsetzung einer kompletten Nachtabschaltung bräuchte einen Vorlauf von eineinhalb bis drei Monaten, da in jeden Schaltschrank Schalteinheiten eingebaut werden müssten, die jedoch erst noch beschafft werden müssten. Aufgrund der Lieferengpässe sei mit einer Lieferzeit von mindestens vier bis sechs Wochen zu rechnen. Erst danach könne der zeitaufwendige Einbau beginnen.

Ratsherr Schönauer fordert eine ausführliche Beratungsvorlage mit umfassenden Unterlagen, aufgrund derer die Abwägung vorgenommen werden könne. Dabei stehe das Sicherheitsbedürfnis der Bürger den effektiven Einsparpotentialen gegenüber. Insofern könne sich die CDU-Fraktion dem Punkt 1. des Antrages anschließen.

Ratsherr Banse befürwortet den Prüfauftrag ebenfalls. Es bestehe die Möglichkeit, dass sich vor dem Hintergrund der Energiekrise die Einstellung der Bürgerschaft zur Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung geändert habe.

Ausschussvorsitzender Quaß erklärt, dass nach den Ausführungen von Herrn Hartenstein, die Punkte 2. und 3. des Antrages obsolet seien und lediglich über den Punkt 1. abgestimmt werden könne. Eine ausführliche Darstellung könne in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Sachkundiger Bürger Wagner spricht das Thema Bewegungsmelder an. In vorherigen Gesprächen sei die Frage offengeblieben, wie hoch die Kosten für eine Nachrüstung im Gegensatz zu einer direkten Beschaffung von Leuchten mit Bewegungsmelder seien. Zudem sei es interessant zu wissen, wie hoch die Differenz der Kosten zwischen einer Leuchte mit und einer ohne Bewegungsmelder sei. Diese Informationen können seiner Meinung nach einfließen, wenn möglicherweise nicht eine komplette Nachtabschaltung erfolge, sondern nur dort, wo sich niemand aufhält. Er regt an, den Prüfauftrag dahingehend zu erweitern, den Einsatz von Bewegungsmeldern mit zu berücksichtigen. Herr Rippers erläutert, dass es momentan lediglich auf dem Böhlerradweg Bewegungsmelder gebe und deshalb keine ausreichende Datengrundlage für eine solche Kalkulation vorhanden sei. Insgesamt fehle momentan auch die Datengrundlage für eine genaue Berechnung der Energieeinsparung bei Nachtabschaltung, weil die seit 2017 durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen noch nicht in der Datenbank erfasst seien. Eine Berechnung unter Berücksichtigung von Bewegungsmeldern sei noch wesentlich komplizierter, weil es schwierig sei, abzuschätzen, wie oft eine Schaltung erfolge und wo überhaupt der Einsatz erfolgen könne.

12.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP zur Umgestaltung der Hauptachse auf dem alten Friedhof Lank

Vorlage: SB11/0425/2022

Beschluss:

Die Fraktion von CDU und FDP beantragen, den unter TOP 7 der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Bau am 21. September 2022 verwaltungsseitig dargestellten Sachverhalt erneut zu beraten und im Ergebnis dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Drucksache SB11/1567/2022 nunmehr zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	1	1	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	9	8	0

Damit ist der Antrag angenommen.

Ratsherren Jürgens und Gabernig begründen den gemeinsamen Antrag. An sich sei die Maßnahme bereits in der letzten Sitzung befürwortet worden. Fraglich sei lediglich gewesen, ob und wie die Maßnahme in 2022 und die Bauphasen II und II in den Folgejahren im Haushalt veranschlagt seien. Dieses sei zwischenzeitlich geklärt, so dass nun eine erneute Abstimmung stattfinden könne.

Ratsherr Banse fragt, ob die für die Maßnahme vorgesehenen investiven Haushaltsmitteln ins Jahr 2023 übertragen werden können. Dieses bejaht Herr Betsch und sagt einen Bericht über den 1. Bauabschnitt zu. Ratsherr Banse beantragt zudem, die Wiedereinrichtung des Arbeitskreises Friedhöfe, der sich intensiv mit der Gesamtsituation und Zukunft der Friedhöfe befassen könne.

Herr Betsch erklärt, dass sich das Bestattungsverhalten grundlegend geändert habe. Deshalb gebe es bereits für jeden einzelnen Friedhof ein Entwicklungskonzept. Die Einrichtung eines Arbeitskreises sei momentan nicht sinnvoll.

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt- Bau beschließt die Wiedereinrichtung des Arbeitskreises Friedhöfe.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	1		1
FDP		3	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION			1
Gesamt:	4	12	10

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sachkundiger Bürger Wagner äußert sein Erstaunen und Unverständnis darüber, dass ein bereits abgestimmter Antrag erneut auf der Tagesordnung stehe. Obwohl die finanziellen Auswirkungen bereits in der letzten Sitzung eindeutig der Beschlussvorlage zu entnehmen gewesen seien, sei in der letzten Sitzung zwecks Klärung ein Vertagungsantrag gestellt worden, der jedoch abgelehnt worden sei. Das Argument, dass die Maßnahme bereits im Haushalt 2022 veranschlagt und beschlossen sei, bedeute nicht zwangsläufig, dass sie auch durchgeführt werden müssen. Er erachte es als durchaus relevant, auch über 30.000,- € zu streiten.

Zu den Bedenken der sachkundigen Bürgerin Hansen sagt Herr Betsch, dass im Zuge der geplanten Maßnahme möglichst wenig Flächen versiegelt werden. Es werden sieben neue Bäume angepflanzt und keine gefällt. Die zitierten Sichtbeziehungen bestehen schon jetzt, werden jedoch durch die Verweilmöglichkeit wahrnehmbarer. Die von Frau Hansen geäußerte Befürchtung eines Kahlschlages sei laut Auskunft von Herrn Betsch unbegründet.

13 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Herr Hartenstein berichtet über eine geplante Maßnahme am Kiefelsbergweg, die ursprünglich heute auf der Tagesordnung stehen sollte. Da sie jedoch Auswirkungen auf den Haushalt 2023 habe, werde sie auf Wunsch des Kämmers im Rahmen der Haushaltsberatungen in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung stehen. Herr Hartenstein stellt die Maßnahme als Vorabinformation entsprechend der Beschlussvorlage FB5/1581/2022, AKUB 22.11.2022, TOP 7 vor.

Zur Situation an der Bahnunterführung Osterath (Querungshilfe an der Meerbuscher Straße) stellt Herr Hartenstein die bereits mit Straßen NRW abgestimmte Interimslösung vor. Es werde eine Mittelinsel mit der entsprechenden Beschilderung und ggfs. ein Zebrastreifen in Höhe des Bahnhofs hergestellt

Anmerkung der Schriftführerin: Das Luftbild ist als Anlage beigefügt.

15 Termin der nächsten Sitzung 22.11.2022

16 Verschiedenes

16.1 Energieeinsparung in den Sporthallen

Ratsherr Gabernig erkundigt sich nach dem Stand der Dinge, die Gespräche mit den Sportvereinen bzgl. der Wassertemperatur in den Duschen betreffend. Bürgermeister Bommers berichtet über ein Gespräch am vergangenen Freitag. Die vereinbarte Vorgehensweise werde in einer Pressemitteilung zusammengefasst und morgen verschickt. Seitens der Verwaltung sei gegenüber den Vereinen darauf hingewiesen worden, dass es sich um eine Maßnahme handle, die Signalcharakter habe. Es solle verdeutlicht werden, dass die Verwaltung sich ernsthaft mit Einsparmöglichkeiten beschäftige. In dem Gespräch sei ein Kompromiss erzielt worden. Ab Montag werden zunächst in der Theodor-Mostertz-Sportanlage Wassersparer eingebaut, um feststellen zu können, wieviel Wasser dadurch eingespart werden könne. In der zweiten Woche werden diese mit warmem Wasser ausprobiert und das Einsparpotential zu erkennen. Sollte dieses signifikant sein, werde ein Gespräch im gleichen Kreis geführt, in dem weitere Maßnahmen besprochen werden können.

16.2 Radweg Breite Straße

Ratsherr Banse weist darauf hin, dass der Radweg an der Breite Straße auf der süd-westlichen Seite mangelhaft sei und bittet um Korrektur.

16.3 Eingangssituation Bürgerbüro Osterath

Ratsherr Banse fragt, ob es möglich sei, im Eingangsbereich des Bürgerbüros Osterath eine Sitzmöglichkeit zu schaffen. Besonders für ältere Menschen sei es beschwerlich längere Zeit zu stehen, bevor sie an der Reihe sind. Bürgermeister Bommers sagt zu, dass die Verwaltung sich darum kümmern werde.

Meerbusch, den 22. November 2022

Joachim Quaß
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in